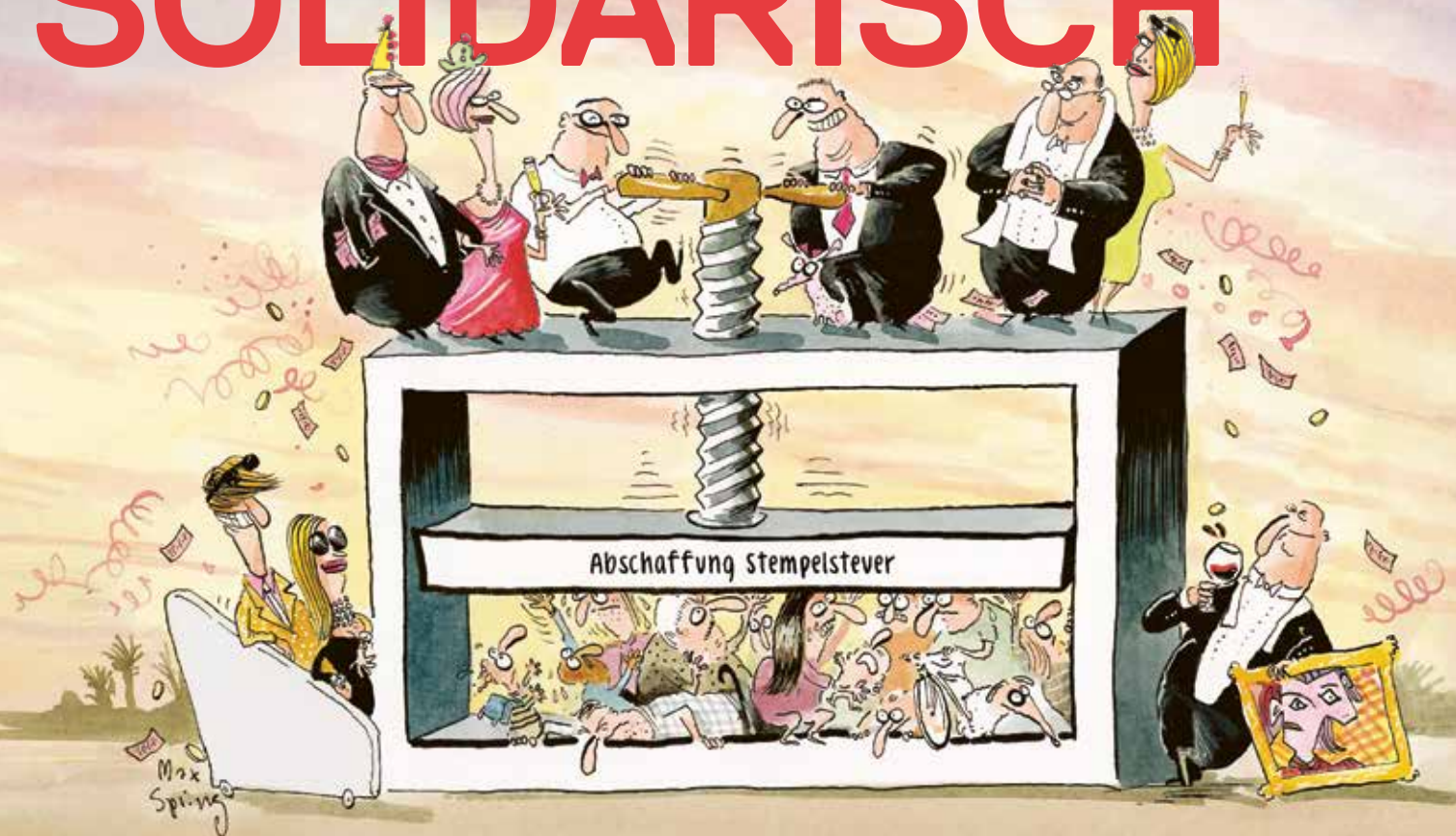


SOLIDARISCH



DIE ABSCHAFFUNG DER STEMPELSTEUER IST ERST EIN ANFANG. Die rücksichtslosen Pläne des Finanzdepartements sehen vor, dass Steuern künftig vor allem auf Arbeit und Renten erhoben werden. Das Kapital soll kaum mehr etwas zum Gemeinwesen beitragen müssen. Diesen Trend müssen wir stoppen. Es braucht dringend ein Nein zur Abschaffung der Stempelsteuer!

Wer bezahlt? Wir!



Jacqueline Badran,
Nationalrätin ZH

Still und leise hat das Eidgenössische Finanzdepartement Ende 2020 einen Bericht zum «Steuerstandort Schweiz» verabschiedet, verfasst von einer Expertengruppe mit Vertreter:innen aus Bund, Kantonen, Wirtschaft und Wissenschaft. Der erste Leitsatz aus dem Bericht macht klar, wovon es geht: «Vorwiegend werden Einkommen und Konsum besteuert.» So lautet der ungeheuerliche Plan, den Economiesuisse und Konsorten dem Finanzchef des Bundes, Bundesrat Ueli Maurer, ins Auftragsbüchlein diktieren haben. Im Klartext heisst das: Das Kapital soll nichts mehr ans Gemeinwesen zahlen. Zur Kasse gebeten werden nur noch jene, die von Arbeit und Rente leben.

Der Plan ist nicht neu. Denn genau das wird seit rund 25 Jahren gemacht: Kapital wird entlastet, Arbeit und Konsum belastet.

Ein Blick zurück zeigt die Eckpunkte des wirtschaftlichen Erfolgsmodells Schweiz: In der

Nachkriegs-Schweiz flossen Produktivitätsgewinne in Form von höheren Löhnen und tieferen Arbeitszeiten den Arbeitnehmer:innen zu. Die Eigentümer gaben sich mit einer bescheideneren Rendite zufrieden, um die Kaufkraft der breiten Bevölkerung zu stärken. Diese Hochlohnpolitik wurde mit einem starken Grenzschutz gestützt. Kapital wurde hoch, Einkommen und Konsum wurden tief besteuert. Diese sozialdemokratische, nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik änderte sich nach dem Zusammenbruch des Ostblocks schlagartig und fundamental. Aus der nachfrageorientierten wurde eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik. Fortan wurde Kapital in unserem Steuersystem mehr und mehr privilegiert.

Gewinne privat, die Kosten dem Staat

Wir erinnern uns: Eine Steuerreform jagte damals die andere. Mit der Unternehmenssteuer-

reform I (USR I) wurden 1998 die Gewinnsteuersätze massiv reduziert, die Kapitalsteuer (Steuer auf dem Eigenkapital von Unternehmen) abgeschafft und das Holdingprivileg eingeführt. Die USR II brachte die privilegierte Dividendenbesteuerung und steuerfreie Ausschüttungsmöglichkeit von Kapitaleinlagereserven. Die USR III schaffte zwar das Holdingprivileg ab, schuf dafür aber neue und international anerkannte Steuervermeidungsvehikel.

Parallel dazu wurden Verrechnungssteuer und Stempelsteuer abgebaut. Allein diese Abbau-schritte kosten uns jährlich geschätzte zehn Milliarden Franken. Es sind nichts anderes als zusätzliche, leistungsfreie Gewinne fürs Kapital. Im Gegenzug wurde die Mehrwertsteuer mehrfach an-

gehoben, und auch bei der Tabak- und der Mineralölsteuer ging es nur in eine Richtung. In den Kantonen stiegen zahlreiche Gebühren massiv, und Senkungen auf den Einkommenssteuern aus Arbeit sind fast nicht mehr möglich. Das bedeutet nichts anderes, als dass Arbeit und Konsum jährlich mit Milliarden von Franken zusätzlich belastet werden.

Bei der Stempelsteuer – übrigens die älteste Steuer des Bundes – zeigt sich die Tücke der Pläne von Economiesuisse und Finanzdepartement besonders deutlich: 1921 eingeführt, wurde die Stempelsteuer in 72 Jahren ganze sieben Mal verschärft. Ab 1993 – in den letzten 28 Jahren also – wurde sie dreizehn Mal scheinbarweise abgebaut. Jetzt steht der nächste Schritt an: Die Streichung

der Stempelsteuer von inzwischen nur noch einem Prozent auf Eigenkapital-Transaktionen. Dies kostet uns erneut 250 Millionen Franken jährlich.

Wir haben gelernt: Unser Steuersystem besteuert grundsätzlich Transaktionen. Es wird immer dann eine Steuer erhoben, wenn etwas die Hand wechselt. Doch während wir auf den Kauf eines Pullovers, eines Stuhls oder eines Kühlschranks 7,7 Prozent Mehrwertsteuer zahlen, sollen nun Transaktionen auf Eigenkapital gar nicht mehr besteuert werden?

Es reicht!

Mit unserem Referendum setzen wir dieser Salamitaktik ein Ende. Die SP lässt nicht zu, dass nur noch jene alles schultern müs-

sen, die jeden Tag zur Arbeit gehen. Das ist volkswirtschaftlich schädlich. Schliesslich entstehen 60 Prozent unserer Wirtschaftsleistung über den Konsum der privaten Haushalte. Je häufiger die Menschen also genügend Geld in in der Tasche haben, desto besser geht es unserer Volkswirtschaft.

Hinzu kommt: Das Kapital soll seinen Beitrag an die Erfüllung der Staatsaufgaben leisten, von denen es Tag für Tag profitiert, etwa durch gut ausgebildete Arbeitskräfte, eine Top-Infrastruktur sowie ein hervorragendes Gesundheitswesen.

Wer die schamlosen Pläne von Finanzdepartement, Economiesuisse und Konsorten zu Fall bringen will, der unterstützt das Referendum und sagt an der Urne mit einem Nein: Stopp!

Darum Ja zur Umwelt-Verantwortungs-Initiative



Ursula Schneider Schüttel,
Nationalrätin FR

Wir wissen seit langem um die Klimakrise und die drohende Katastrophe. Die Forderungen von Klimajugend, Klima-Grosseltern und anderen Bewegungen sind längst in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft angekommen. Doch viel zu wenig davon wird auch wirklich umgesetzt. Wir tragen die Verantwortung dafür, dass auch unsere Kinder in einer lebenswerten Welt mit intakter Natur aufwachsen. Denn wir haben keinen Planeten B.

Verantwortung heisst Veränderung

Im August 2021 lancierten die Jungen Grünen eine Volksinitiative unter dem Titel «Umweltverantwortungsinitiative». Die SP unterstützt die Forderungen der Initiative.

Die Initiative will die Umweltbelastung innerhalb von zehn Jahren reduzieren, sodass die Schweiz auf sozialverträgliche Weise die planetaren Belastungs-

grenzen einhält. Der Schutz der Umwelt soll Priorität erhalten. Die Schweiz darf Waren nur noch so produzieren und importieren, dass unsere Lebensgrundlagen langfristig erhalten bleiben.

Bei der Einhaltung der planetaren Grenzen geht es um folgende Bereiche: Klimawandel, Artensterben, Wasserverbrauch, Landnutzung, Luftverschmutzung sowie Stickstoff- und Phosphoreintrag in die Böden. Die Belastbarkeit der Natur bildet den Rahmen für Wirtschaft und Gesellschaft. In diesem Sinne handelt es sich eigentlich um eine Suffizienz-Initiative. Ziel ist, dass die Menschen nur so viele Ressourcen verbrauchen, wie unser Planet wieder erneuern kann. Die Überlastung der Erde muss ein Ende

haben, bevor es zu spät ist. Damit appelliert die Initiative direkt an die Verantwortung, die wir Menschen für die Umwelt tragen – und tragen müssen. Die letzten Jahre mit Hitzesommern, Überschwemmungen, Naturgefahren, knapper Wasserversorgung oder auch die neusten Berichte übers Artensterben müssen uns zu denken geben. Wir gefährden unsere eigenen Lebensgrundlagen. Es ist höchste Zeit, das Steuer herumzureissen.

Die Initiative rüttelt auf, sie sensibilisiert die Bevölkerung für den Klimawandel und dessen unmittelbare Folgen. Wir werden nicht darum herumkommen, uns um die Veränderungen in unserer Umwelt zu kümmern!

Hier können Sie unterschreiben:

sp-ps.ch/de/umwelt-verantwortungs-initiative



Die Medienvielfalt retten

Damit der amerikanische Albtraum nicht zu uns überschwappt und auch unsere Demokratie beschädigt, müssen wir der Medienvielfalt Sorge tragen. Denn der Niedergang der Medienvielfalt war und ist einer der Gründe für

die Krise der amerikanischen Demokratie. In den USA gibt es praktisch keine regionalen Zeitungen oder Online-Portale und fast keinen Lokaljournalismus mehr. Die Menschen wissen nicht, was vor Ort passiert. Dieses Informationsvakuum nutzen Populisten und Propagandisten aus, die auf Sendern wie Fox News und in Social-Media-Filterblasen ihre Lügen und Verschwörungstheorien verbreiten. Dass ein Antidemokrat wie Donald Trump 2016 Präsident werden konnte, hat auch damit zu tun. Denn ohne Medienvielfalt in allen Regionen eines Landes können die Medien als vierte Staatsgewalt ihre Aufgabe nicht wahrnehmen. Diese ist für die Demokratie aber überlebenswichtig.

Für ein viersprachiges, föderalistisches und direktdemokratisches Land wie die Schweiz gilt dies umso mehr. Darum hat sich die SP mit grossem Engagement

für ein tragfähiges Massnahmenpaket zugunsten der Medien eingesetzt. Es brauchte unzählige Kommissionssitzungen, eine Rückweisung der Vorlage an die Kommission durch den Nationalrat, drei Differenzvereinbarungen zwischen den Räten und eine Einigungskonferenz, bis wir nach vielen Kniffen und Kompromissen am Ziel waren. Nun müssen wir das von unserer Bundesrätin Simonetta Sommaruga gezimmerte Paket noch über die Hürde des Referendums heben.

Werbeeinnahmen haben sich halbiert

Wichtig ist die in der Vorlage vorgesehene Unterstützung, weil die Medienvielfalt und der Journalismus auch bei uns leiden. Redaktionen werden zusammengestrichen, Zeitungen werden dünner und immer mehr Titel kämpfen ums Überleben. Der Hauptgrund sind die wegfallenden Werbeein-

nahmen, mit denen sich der Journalismus bisher finanzierte. In rund zehn Jahren haben sich die Werbeeinnahmen der Schweizer Medien mehr als halbiert!

Dieser Rückgang liegt nicht etwa daran, dass heute weniger Werbung geschaltet würde. Im Gegenteil. Die Werbegelder fließen reichlich, einfach zu einem wachsenden Teil zu den Tech-Giganten wie Google und Facebook. Das Kuchenstück für die Schweizer Verlage wird hingegen immer kleiner. Die gefährliche Folge dieses Strukturwandels ist Medienkonzentration beim Inhalt, aber auch bei den Besitzverhältnissen. Inhaltlicher Einheitsbrei ist für unsere Demokratie ebenso schädlich wie die Dominanz von wenigen Medienkonzernen. Beides schreitet leider auch in der Schweiz voran. Natürlich: In Nischen entstehen neue, ermutigende Online-Projekte. Doch der generelle Trend ist negativ.



Jon Pult, Nationalrat GR, Vizepräsident der SP Schweiz und Vizepräsident der für Medienpolitik zuständigen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats



Die Medienvielfalt ist auch bei uns unter Druck, gerade in den Regionen. Es braucht Simonetta Sommarugas Medienpaket, damit die Menschen auch in Zukunft über das lokale Geschehen Bescheid wissen.

Von dieser internationalen Medienkrise versuchen in vielen Ländern Rechtspopulisten zu profitieren, indem sie oder ihre Financiers Medien aufkaufen, die sie dann als Propagandainstrumente einsetzen. In der Schweiz stecken diese rechtspopulistischen Kreise auch hinter dem Referendum gegen das Medienpaket. Sie planen als nächsten Schritt eine Volksinitiative, die der SRG die Mittel halbieren würde, um den Service Public weiter zu schwächen. SVP-Banker und Nationalrat Thomas Matter hat dies bereits vor Monaten angekündigt. Die Weltwoche, der Nebelspalter und das Gratismedien-Imperium von Christoph Blocher könnten also nur ein Vorgeschmack dessen sein, was uns blüht, wenn wir jetzt nicht Gegensteuer geben.

Stärkung von Online-Medien und Lokalradios

Darum müssen wir als SP uns voll hinter das Medienpaket von Simonetta Sommaruga stellen und

uns für ein Ja am 13. Februar einsetzen. Damit greifen wir als Gemeinschaft den verbleibenden Zeitungen und Zeitschriften finanziell etwas stärker unter die Arme, wir fördern neu die zukunftsgerichteten Online-Medien, wir stärken die finanzielle Basis der Privatradios und wir stützen das gesamte Mediensystem durch Ausbildung, Agenturwesen und Projektförderung im IT-Bereich.

Vielfältige Medien in allen Landessprachen

All das ist dringend nötig, wenn wir verhindern wollen, dass die vierte Staatsgewalt geschleift wird oder gar den Rechtspopulisten in die Hände fällt. Und es ist dringend nötig, wenn wir wollen, dass die Bevölkerung auch in Zukunft unabhängige Zeitungen, Radios, TV-Stationen und Online-Portale hat, die über ihre Region, ihre Gemeinde, ihre Stadt berichten – und zwar auf Deutsch, en français, in italiano ed eir in rumantsch!



Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «Solidarisch» hält die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner über aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen auf dem Laufenden. Unsere Mitglieder aus National- und Ständerat, kantonalen Regierungen und Parlamenten oder parteiinternen Organen berichten im «Solidarisch» über ihre Fachgebiete und geben so Einblick in die Arbeit der SP.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «Solidarisch» (oder die französische Ausgabe «Solidaires») ohne Verpflichtung regelmässig erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch.

Mit bestem Dank, Ihre SP Schweiz

IMPRESSUM SOLIDARISCH – Das Spendenmagazin der SP Schweiz erscheint viermal im Jahr auf Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement ist für Gönnerinnen und Gönner im Spendenbetrag ab 5 Franken enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Tel. 031 329 69 69, solidarisch@spschweiz.ch. Redaktion: Pia Wildberger, Gestaltung: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 31'000 deutsch, 9'000 französisch. Total: 40'000. Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.



BILDER: URSULA MARKUS

Isabel, Coiffeuse und Eventmanagerin, gelingt es seit Corona kaum mehr, den Lebensunterhalt für sich und ihre beiden kleinen Kinder zu verdienen, obwohl sie jeden Job annimmt, den sie finden kann. Die Wohnung hat eine Freundin mit Papieren für sie gemietet.



William und Rosimeire aus Brasilien dürfen bleiben. Nach 15 Jahren harter Arbeit haben sie im Kanton Genf ein Bleibe-recht erwirken können.



Ariana aus dem Kosovo ist eine Kämpferin und schaffte das schier Unmögliche, nach unerträglichen Jahren – geprägt von Gewalt, Obdachlosigkeit und Ausbeutung – eine Aufenthaltsbewilligung zu bekommen.

Sans-Papiers: systemrelevant und unsichtbar

Schätzungsweise 100 000 Menschen ohne geregelten Aufenthalt leben und arbeiten in der Schweiz. Diese sogenannten Sans-Papiers stammen aus Lateinamerika, aus Osteuropa oder Asien. Sie putzen, hüten Kinder, arbeiten auf der Baustelle, im Restaurant oder bei Bauern. Nicht selten Tag und Nacht, fast immer in prekären Arbeitsverhältnissen zu skandalös tiefen Löhnen. Schätzungsweise bis zu 50 Prozent der bezahlten Hausarbeit in der Schweiz verrichten Sans-Papiers. Sie sind, wie

man heute sagt, systemrelevant – und doch sehen wir sie nicht.

Erschütternde Geschichten

Nun ist mit dem Titel «Die Unsichtbaren» ein Buch erschienen, das die erschütternden Lebensgeschichten vieler Sans-Papiers nachzeichnet. Die Autorin Tanja Polli und die Fotografin Ursula Markus holen die Sans-Papiers so aus ihren Hinterhofzimmern und Kellerwohnungen, machen sie sichtbar und ihre Geschichten erfahrbar. Ungefiltert und unge-

schönt hält Tanja Polli Gespräche mit Frauen und Männern fest, die in der Illegalität leben müssen. Was hat diese Menschen dazu bewogen, ein Leben im Versteckten auf sich zu nehmen? Was macht es mit ihnen, in ständiger Angst existieren zu müssen? Was sind ihre Ziele, Hoffnungen und Träume?

Die Fotografien von Ursula Markus zeigen die porträtierten Sans-Papiers in Alltagssituationen. Jene, die den Weg aus der Illegalität hinter sich haben, bei der Arbeit oder privat im Kreis von

Freundinnen und Familie. Andere, die noch drin stecken im Leben in ständiger Angst, an jenen Orten, an denen sie sich so sicher fühlen, dass eine Begegnung mit der Kamera möglich ist.

Pro verkauftes Buch geht ein Franken an Projekte für Sans-Papiers in der Schweiz.

«Die Unsichtbaren», von Tanja Polli und Ursula Markus, erschienen im Rotpunktverlag. Erhältlich online oder in Ihrer Lieblingsbuchhandlung.

WERTE WEITERGEBEN



Leitfaden für Erbe und Legat

Mit Beispiel zu einem Vorsorgeauftrag und Information über die Patientenverfügung



Bestellen Sie den
Testament-Ratgeber
«Werte weitergeben»
per Telefon: 031 329 69 87
oder E-Mail: regula.schweizer@spschweiz.ch
Mehr Infos: www.spschweiz.ch/erbschaften